

8. Mai 2020 – 75 Jahre Ende des 2. Weltkrieges

Vortragsveranstaltung im Stadtmuseum und Ausstellung im Rathaus Kassel aus
Anlass der Buchvorstellung

„Mit Mut und List – Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg“, Hg. Florence Hervé

Deutsch-Französisches Forum Kassel - Cercle Français in Kooperation mit dem
Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF)

Einführung

Das neu erschienene Buch von Florence Hervé zum Widerstand europäischer Frauen gegen Faschismus und Krieg während der Nazi-Herrschaft hat uns im 75. Jahr nach Kriegsende motiviert, mit öffentlichen Veranstaltungen auf dieses besondere Datum aufmerksam zu machen. Der Fokus richtet sich dabei auf das Schicksal von Frauen. Gerade deren aktiver Widerstand gegen Krieg und deren Leiden werden zuweilen in der Geschichtsschreibung vernachlässigt.

Es ist uns umso wichtiger, uns generell mit dem Widerstand gegen Faschismus und Krieg zu beschäftigen, als regelmäßig bei vergleichbaren Gedenkveranstaltungen in Deutschland Umfragen veröffentlicht werden, nach denen sich eine Mehrheit der Deutschen für einen „Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit“ aussprechen würde.

Wir sprechen uns gegen diesen Schlussstrich aus. Denn die Lehren, die aus der Terrorherrschaft des Faschismus für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen zu ziehen sind, müssen nachhaltig von Generation zu Generation und stets aufs Neue weiter gegeben werden. Nur so kann die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft auf aktuelle faschistoide Tendenzen hergestellt werden.

Feiertag in Frankreich, Gedenktag in Deutschland?

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dazu bereits in seiner als historisch geltenden Rede am 8. Mai 1985 im deutschen Bundestag Zeichen gesetzt. „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart...und wieder anfällig vor neuen Ansteckungsgefahren“ ist die wichtige Botschaft vor dem Hintergrund seiner zentralen Aussage, der 8. Mai sei ein Tag der Befreiung gewesen, der Befreiung „von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

Allein diese Aussage würde zumindest einen Gedenktag rechtfertigen, wenn schon nicht einen Feiertag wie in Frankreich, das von der deutschen Besatzungsmacht durch die anglo-amerikanischen Alliierten mit Unterstützung einer gut organisierten Widerstandsbewegung befreit wurde.

Vier Jahre dauerte die Unterjochung Frankreichs mit Lebensmittelrationierungen, Vertreibung eines Viertels der Gesamtbevölkerung, darunter überwiegend Frauen und Kinder, Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit in Deutschland von mehr als einer halben Million Franzosen, grausamer Verfolgung der Widerstandskämpfer und der jüdischen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund war das Kriegsende am 8. Mai für die französische Bevölkerung „Befreiung“, <Libération>.

Einen wesentlichen Anteil am militärischen Widerstandskampf hatten die Anhänger der kommunistischen Partei, die ihr gut organisiertes Netzwerk auch im Untergrundkampf nutzen konnte. Ihre Mitglieder zahlten gleichwohl den höchsten Blutzoll. Nicht zuletzt auf Grund ihres heroischen Kampfes gegen die Nazi-Besatzung gewann die kommunistische Partei in den 50er Jahren trotz fortgesetzter ideologischer Orientierung an der Sowjetunion großes Ansehen. Sie wurde zur stärksten Partei Frankreichs.

Die französische Befreiungsbewegung „Résistance“ als Ganzes mit ihren unterschiedlichen politischen Gruppierungen wurde zum Sinnbild des Widerstands ganz Frankreichs gegen die Nazi-Besatzung. Wenngleich ihre aktiven Kämpfer eine Minderheit in der Bevölkerung darstellten, wurde ihr Untergrundkampf von sehr vielen Landsleuten, vor allem Frauen, in verschiedener Weise unterstützt. Nach dem Krieg fiel es dann leicht, auf Grund der politischen Großwetterlage die französischen Kollaborateure des Nazi-Regimes ins Abseits zu stellen. So gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Feier zum Kriegsende am 8. Mai, zur Befreiung von der Nazi-Besatzung. Der Tag wurde Feiertag und zum Symbol für die <Libération>.

Ganz anders war die Situation in Deutschland. Die aktive Teilhabe vieler an den Nazi-verbrechen, deren stille Duldung durch einen großen Teil der Bevölkerung, die Gleichgültigkeit vieler Menschen sowie die politische Lage mit dem Besatzungsstatut, der Ost/West – Konfrontation und der Aufnahme zahlreicher Alt-Nazis in hohe politische Ämter verhinderten lange eine gesamtstaatliche Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen.

Entspannungspolitik zwischen Ost und West

Erst die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition mit Bundeskanzler Willy Brandt seit 1969, der selbst im Widerstand gegen Nazi-Deutschland aktiv war, machte den Weg für eine Verständigung mit der Sowjetunion frei und damit auch für das öffentliche Eingeständnis, dass „unsäglich viele Bürger der Sowjetunion und ... Polen“ in diesem „Krieg gelitten haben“ (Weizsäcker-Rede).

Gleichwohl war die Einleitung dieser Entspannungspolitik innenpolitisch hoch umstritten. Die rechtsextreme NPD verzeichnete nach der Wirtschaftskrise 1966 schnelle Erfolge, war in mehreren Landtagen vertreten und verpasste den Einzug in den Bundestag 1969 nur knapp. Die CDU/CSU mobilisierte weiter die öffentliche Meinung mit antisowjetischen Kampagnen. Der Wahlsieg Brandts 1969 war äußerst knapp, entsprach jedoch einer allgemeinen politischen Aufbruchsstimmung, forciert durch die Forderungen der Studentenproteste, die Brandt mit dem Slogan „mehr Demokratie wagen“, aufgriff.

Die Entspannungspolitik mit den Völkern des Ostens, die die weitaus meisten Opfer des Nazi-Angriffskrieges hinnehmen mussten, konnte fortgesetzt werden. Trotz starken politischen Gegenwinds und der Berufsverbote – Praxis der Brandt-Regierung vor allem gegen Mitglieder der studentischen Protestbewegung wurde die sozialdemokratische Entspannungspolitik vorerst nicht ausgesetzt.

In Frankreich war nach dem Rücktritt von Charles de Gaulle während der Studentenrevolte in den 70er Jahren Giscard d'Estaing die prägende Figur. Das Erbe des Widerstandsorganisors De Gaulle, der von England aus zum Kampf gegen Nazi-Deutschland aufgerufen hatte, wurde von ihm nicht weitergeführt. In Frankreich erstarkten zu dieser Zeit auch in Folge der internationalen Ölkrise 1972 rechtsextreme Kräfte. Dazu zählten ehemalige französische Kollaborateure des Nazi-Regimes, die sich auf der Plattform der neu gegründeten Partei „Front National“ zunehmend Gehör verschafften.

8. Mai: Europatag statt Feiertag in Frankreich

Giscard d'Estaing sagte die Feierlichkeiten zum 8. Mai als Tag der <Libération> zugunsten eines sogenannten Europatages 1975 ab. Zur Rechtfertigung sollte die nach dem deutsch-französischen Elysée-Vertrag von 1963 ausgeweitete Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Regierungen zugunsten einer verstärkten gemeinsamen Europa-Politik dienen. In der Folge war die Giscard-Regierung massiven Protesten von ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten des Nazi-Regimes ausgesetzt. Erst sein Nachfolger im Präsidentenamt ab 1981, der Sozialist François Mitterrand, der sich zeitweise dem Widerstand gegen Nazi-Deutschland anschloss, führte den 8. Mai als Feiertag der <Libération> dann wieder ein.

Deutlich wird damit, dass der 8. Mai als Feier- und Gedenktag, als Tag des Endes von Diktatur, Terror und Völkermord und Aufbruch in eine demokratische Zukunft der Völker- verständigung nicht unumstritten ist.

Entspannungspolitik – Krise und Wiederaufleben

In Deutschland nahm die Gegnerschaft zur Entspannungspolitik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre mit radikalem Auftreten von Vertriebenenverbänden, flankiert von öffentlichen Auftritten der SS-Nachfolgeverbände Fahrt auf. Wiederum konnten große Gegendemonstrationen, vor allem der studentischen 68er Generation, revanchistische Bestrebungen bekämpfen und damit das internationale Ansehen der Bundesrepublik retten.

Zu Beginn der 80er Jahre geriet die Entspannungspolitik mit der Aufstellung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa in eine schwere Krise. Michael Gorbatschow als neuer Staatschef in der Sowjetunion konnte diese bedrohliche internationale Situation 1985 mit der Einleitung von umfangreichen innenpolitischen Demokratisierungs- und außenpolitischen Entspannungsbestrebungen entschärfen. Ausdrücklich betonte er zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985, dass die neue sowjetische Führung keine antideutschen Gefühle schüren wolle, sondern für Freundschaft zwischen den Völkern eintrete. Bundespräsident von Weizsäcker ging in seiner bereits erwähnten Rede zum 8. Mai explizit darauf ein und betonte die Freundschaft Deutschlands mit den Völkern der Sowjetunion und erinnerte gleichzeitig daran, dass Deutschland nach wie vor geteilt sei.

International standen die Zeichen damit auf Entspannung und die Lehren von 1945 schienen endgültig nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Abzug der alliierten Truppen gezogen zu sein. Das östliche Militärbündnis, der Warschauer Pakt, wurde aufgelöst. Diese ersten Friedenszeichen sollten jedoch unbeantwortet bleiben.

Neuer Kalter Krieg zwischen Ost und West

Die Nato wurde nicht aufgelöst, auch nicht teilweise mit einer zumindest atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Die große Chance für eine friedenspolitische Verständigung zwischen den USA, Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion scheiterte. Diese orientierten sich politisch ausschließlich nach dem Erfolg versprechenden westlichen Wirtschaftsmodell, luden private westliche Investoren ein und befürworteten die Stationierung von Nato-Truppenverbänden und Raketenabschussrampen an der Grenze zu Russland. Die „Nato-Grenze“ wurde also nach imperialem Muster so weit wie möglich nach Osten verlegt. Die Antwort mit russischer Aufrüstung, Raketenstationierungen, militärischen Auseinandersetzungen um die Krim und Ostukraine ließ nicht lange auf sich warten. Ein kalter Krieg zwischen Ost und West mit ersten militärischen Hot-Spots brach aus.

Nun, 2020, alles auf Anfang also wie vor dem 40. Jahrestag zum 8. Mai im Jahre 1985? Vieles deutet derzeit darauf hin, dass die positiven Signale der Entspannung mit Beginn der Gorbatschow-Ära und der deutschen Wiedervereinigung vollends dabei sind zu verpuffen.

Populistische Bewegungen in der EU

In der europäischen Union haben sich populistische Bewegungen breit gemacht und in Frankreich und Deutschland rassistische, nationalistische und faschistoide Parteien wie der Front National (jetzt Rassemblement National, RN) und die sogenannte Alternative für Deutschland, AFD. Mit nahezu 25% in Frankreich und 15% in Deutschland stellen sie eine erhebliche politische Größe dar. Die Deregulierung und Privatisierung großer Wirtschaftsbereiche und der öffentlichen Daseinsvorsorge nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft 1990 werden als Hauptgründe dafür angeführt. In der Folge zeichnete sich die soziale Spaltung in der Gesellschaft ab und das bekannte Erklärungsmuster rechts-extremer Parteien mit der Lenkung auf „Sündenböcke“ (Migranten, Juden usw.) ließ nicht lange auf sich warten mit der Konsequenz entsprechender Wahlerfolge.

Diese Parteien und Bewegungen mit ihrem rassistischen, nationalistischen, sexistischen und antidemokratischen Gedankengut, relativieren traditionell die faschistischen Verbrechen und die Nazi-Herrschaft.

Um so wichtiger ist gegenwärtig das Engagement der Zivilgesellschaft für einen unantastbaren Feiertag in Frankreich und einen ständigen Gedenktag in Deutschland am 8. Mai, dem Ende dieser Terror-Herrschaft vor 75 Jahren mit seinem „Gebirge menschlichen Leids“ (von Weizsäcker) und seinem Zivilisationsbruch.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand und Gedenken

Der 8. Mai 1945 sollte symbolisch für die Überlebenden und die zukünftigen Generationen einen Aufbruch in eine demokratische, soziale und friedensstiftende Zukunft darstellen. Erfreulich ist, dass die Stadt Berlin den 75. Jahrestag des Kriegsendes in diesem Jahr zum Feiertag erklärt hat. An der zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt, der Neuen Wache, werden neben dem Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin auch die Präsidenten des Bundestages, des Bundesrats und des Bundesverfassungsgerichts sprechen. Dieser Auftritt erfolgt ganz im Sinne von Weizsäckers und seines Plädoyers, den 8. Mai als Tag der Erinnerung und des Gedenkens zu begehen.

Mut, Widerstand und Leid der Frauen

Von Weizsäcker zählte in seiner Rede die größten Opfergruppen auf: Juden, Bürger der Sowjetunion, Sinti und Roma, Homosexuelle und Widerstandskämpfer. Er betonte zudem all das menschliche Leid, dessen größten Teil die „Frauen der Völker“ getragen haben:

„Ihr Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergisst die Weltgeschichte nur allzu leicht...Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt...Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen“.

Viele Veröffentlichungen zum Widerstand gegen den faschistischen Terror liegen vor, jedoch wenige explizit zu dem von Frauen.

So liegt der besondere Verdienst von Florence Hervé darin, ganz im Sinne der Hommage von Weizsäckers an die große widerständig Kraft von Frauen während des Nazi-Terrors in Europa zu erinnern und ihnen ein Denkmal zu setzen.

Die Biografien erzählen von den vielen Entsagungen, dem Leid und heroischen Einsatz dieser Frauen, die es gewagt haben, der Nazi-Herrschaft die Stirn zu bieten.

Die Darstellung ihres Widerstandskampfs soll Mahnung für uns nachfolgende Generationen sein, sich für ein demokratisches, soziales und friedfertiges Europa einzusetzen.

In diesem Sinne hätten gerade wir Deutsche allen Anlass, diesen Tag und nicht nur den 75. Jahrestag jedes Jahr als Gedenktag zu begehen.

Hinweis für die Vortragsveranstaltung und Ausstellung:

Die Vorträge widmen sich der Geschichte von deutschen und französischen Frauen im Widerstand.

Die Ausstellung wird um die Biografie von Nora Platiel erweitert. Nora Platiel absolvierte im Kassel der Weimarer Zeit ihr juristisches Referendariat. Sie trat offen gegen die NSDAP und hier vor allem gegen den damals in Kassel lebenden Roland Freisler auf, den späteren „Blutrichter“ und Präsidenten des Volksgerichtshofs in Berlin. Sie floh als Jüdin, Nazi- Gegnerin und Mitglied des sozialdemokratischen Internationalen Sozialistischen Kampfbunds (ISK) nach Frankreich und die Schweiz. In der Nachkriegszeit, zurück in Kassel, erwarb sie sich als Landgerichtsdirektorin in Wiedergutmachungsverfahren für Nazi-Verbrechen große Verdienste.

Paul Leuck, Mai 2020